



## Zur Eskalation im Nahen Osten: Aufruf zu Verhältnismäßigkeit und Frieden

**Köln, 11.10.2023:** Wir verurteilen die unsäglichen Angriffe der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung im Nahen Osten erneut aufs Schärfste (gemeinsame KRM-Erklärung vom 08.10.2023), distanzieren uns davon und rufen alle Parteien des Konflikts auf, der Gewalt ein Ende zu setzen. Die gezielten Angriffe auf Zivilisten und die schrecklichen Bilder, die uns täglich erreichen, erfordern, dass man hier eindeutig Position bezieht. Jegliche Terrorakte gegen die Zivilbevölkerung können und dürfen in keinsten Weise legitimiert werden.

Daher mahnen wir davor, die Angreifer mit dem palästinensischen Volk gleich zu setzen und alle Palästinenser bzw. den gesamten Gaza-Streifen in Mitverantwortung zu nehmen und als legitime Ziele zu betrachten. Das Existenzrecht Israels darf nicht in Frage gestellt werden, ebenso das Existenzrecht Palästinas. Ein Aufschaukeln der Gewalt, indem man in die Falle der Extremisten tappt, und Vergeltung als Freifahrtschein für Rache deutet, schadet in erster Linie der Sicherheit der Zivilbevölkerung und ist eine Schande für die Menschheit. Denn gerade diese Eskalationsspirale der letzten Jahrzehnten hat die heutige unsägliche Situation erst hervorgebracht.

Wir mahnen die Verantwortlichen auf beiden Seiten zur Mäßigung und zu einer schnellen Beendigung der Gewalt. Mittel- und langfristig muss es die Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft sein, eine Lösung des Konflikts, welches das Existenz- und Freiheitsrecht beider Völker und die Würde der Menschen auf beiden Seiten achtet, herbeizuführen.

Ermutigungen, gar Aufforderungen zu mehr Gewalt, aber auch Jubeleskapaden angesichts dieses Leidens – nicht nur auf deutschen Straßen- lehnen wir entschieden ab. Angriffe gegen Gotteshäuser hier in Deutschland sind inakzeptabel. Die üblichen Hetzer und Populisten – auch hier in Deutschland- sind jedoch nicht minder schändlich, nehmen sie doch Muslime, Moscheen oder muslimische Verbände in Sippenhaft und zur Projektionsfläche für ihren Geltungsdrang oder ihre politischen Ambitionen. Wie können sie angesichts des Leids und des Sterbens versuchen, einen Keil in unsere Gesellschaft zu treiben und uns gegeneinander aufzuwiegeln? Als Gesellschaft und als Religionsgemeinschaften stehen wir solidarisch zusammen.

Auch die Weltgemeinschaft muss nach Wegen suchen, erst die Gewalt zu beenden und anschließend Hass, Zorn und auch den Existenzängsten der Beteiligten entgegenzutreten. Wir beten für tausende unschuldige Opfer dieses Konflikts. Wir fordern von beiden Seiten die Einstellung der Kampfhandlungen, damit nicht noch mehr Menschen ihr Leben verlieren. Denn der Tod eines jeden Mensch ist gleichbedeutend mit dem Tod der gesamten Menschheit (Koran 5:32). Unsere Gebete und unsere Gedanken sind bei beiden Völkern und all den Unschuldigen, die unter der Gewalt leiden.

**Pressestelle**

**DITIB-Bundesverband**